

Schweizerisches Privatrecht

Herausgegeben von

**JACQUES-MICHEL GROSSEN – ARTHUR MEIER-HAYOZ – PAUL PIOTET
PIERRE TERCIER – FRANK VISCHER – ROLAND VON BÜREN
WOLFGANG WIEGAND**

Das "Schweizerische Privatrecht" wurde begründet von

**MAX GUTZWILLER – HANS HINDERLING – ARTHUR MEIER-HAYOZ
HANS MERZ**

Frühere Herausgeber

ROGER SECRETAN – CHRISTOPH VON GREYERZ – WERNER VON STEIGER

**HELBING & LICHTENHAHN
BASEL UND FRANKFURT AM MAIN**

Inhalt

Vorwort	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Einleitung	1

Allgemeiner Teil: Allgemeine Fragen des Konzerns

I. Terminologische Fragen	5
1. Die gesetzliche Terminologie	5
1.1. Im Aktienrecht	5
1.2. Im Steuerrecht	6
1.3. Im Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG)	7
1.4. Im Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz, MSchG)	8
1.5. Im Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG, "Lex Friedrich")	8
1.6. Im Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz, BankG)	9
1.7. Im Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz, BEHG)	10
2. Die Terminologie des Bundesgerichts	11
3. Die Terminologie der Doktrin	12
4. Kritik an den vom Gesetz, von der Praxis und der Doktrin verwendeten konzernrechtlichen Begriffen	14
5. Die im vorliegenden Werk verwendeten Begriffe	15
5.1. Konzern	15
5.2. Herrschendes Unternehmen (Konzernleitung)/Abhängiges Unternehmen	15
5.3. Holding	15
5.4. Konzernunternehmen	16
II. Abgrenzung gegenüber anderen rechtlichen Erscheinungen	17

1.	Holding	17
1.1.	Der Begriff der Holdinggesellschaft im Aktienrecht	17
1.2.	Der Begriff der Holdinggesellschaft im Steuerrecht	17
1.3.	Der Begriff der Holdinggesellschaft im Firmenrecht	18
1.4.	Der Begriff der Holdinggesellschaft im Markenrecht	19
1.5.	Die Unterscheidung zwischen Anlage- und Kontroll-Holdinggesellschaften	19
2.	Kartell	21
3.	Marktbeherrschende Unternehmen	22
4.	Konsortium	23
5.	Kooperation	23
6.	Akquisition	23
7.	Zweigniederlassung	24
8.	Betriebsstätte	25
9.	Fusion	25
10.	Jointventure	25
11.	Trust	27
III.	 Arten von Konzernen	28
1.	Vertragskonzerne und faktische Konzerne	28
2.	Unterordnungs- und Gleichordnungskonzerne/Einheitliche und körperschaftliche Konzerne	29
3.	Horizontale und vertikale Konzerne	30
4.	Diagonale oder konglomerale Konzerne	30
5.	Zentralisierte und dezentralisierte Konzerne	30
IV.	 Motive für die Konzernbildung	32
1.	Wirtschaftspolitische Gründe	32
1.1.	Überwindung nationaler Handelsschranken	32
1.2.	Die Globalisierung der Märkte	33
2.	Betriebswirtschaftliche Gründe	34
2.1.	Zentrale Strategie	34
2.2.	Zentral gesteuerter Mitteleinsatz	34
2.3.	Dezentrale Organisation	35
2.4.	Gewinnoptimierung durch Kostensenkung	35
2.5.	Marktnähe bei identischem Marktauftritt	37
3.	Steuerrechtliche Gründe	37
4.	Kartellrechtliche Gründe	38
5.	Gesellschaftsrechtliche Gründe	38
V.	 Entwicklung eines Konzerns	39
1.	Endogener Konzernaufbau	39

1.1.	Durch Gründung eines abhängigen Unternehmens	39
1.2.	Durch Gründung eines Joint Ventures (Gemeinschaftsunternehmen)	39
2.	Exogener Konzernaufbau	40
2.1.	Durch Akquisition	40
2.2.	Durch Fusion	42
2.3.	Durch Quasifusion	47
2.4.	Durch unechte Fusion	48
2.5.	Konzernierung durch Vertrag	49
VI.	Mögliche Strukturen eines Konzerns	50
1.	Die Stammhauslösung	50
2.	Die Holdinglösung	50
3.	Die Management-Gesellschaft	51
4.	Divisionale Konzerne	51
VII.	Die Führung im Konzern	53
1.	Das Recht auf Leitung des Konzerns	53
2.	Das Bestehen einer Konzernleitungspflicht	54
3.	Aufgaben der Konzernleitung	56
3.1.	Die "minimale" Konzernleitungspflicht	56
3.2.	Die über die "minimalen" Konzernleitungspflichten hinausgehenden Aufgaben der Konzernleitung	58
4.	Folgen bei Missachtung der Konzernleitungspflicht	59
4.1.	Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung	59
4.2.	Haftung gegenüber Aktionären und Gläubigern des herrschenden Unternehmens	60
4.3.	Haftung des herrschenden Unternehmens gegenüber Dritten – Der Swissair-Entscheid	60
5.	Führungsmechanismen im Konzern und deren rechtliche Schranken	66

Spezieller Teil: Der Konzern in verschiedenen Rechtsgebieten

Erstes Kapitel

Der Konzern im Gesellschaftsrecht

Erster Abschnitt

Rechtsformunabhängige Anforderungen an Konzernunternehmen

I. Problemstellung	73
II. Unternehmensqualität als Voraussetzung für das herrschende Unternehmen	74
III. Die Beherrschbarkeit als Voraussetzung für abhängige Unternehmen	76

Zweiter Abschnitt

Der Aktienrechtskonzern

I. Die Rechtsform des herrschenden Unternehmens als massgebliche Anknüpfung	77
II. Der Begriff des Konzerns	78
1. Die gesetzliche Umschreibung	78
2. Die Unternehmenszusammenfassung	79
2.1. Die rechtliche Selbständigkeit der Konzernglieder	79
2.2. Die Beherrschung der Konzernunternehmen	79
3. Die Durchsetzung einer einheitlichen wirtschaftlichen Leitung	82
III. Konzernzweck und Zweck des abhängigen Unternehmens	85
1. Konzernierung als Zweckänderung?	85
1.1. Thematischer Zweck	85
1.2. Endzweck	86
2. Folgen der Zweckänderung für die Organe	88
3. Stillschweigende Zweckänderung	88
IV. Publizität im Konzern	90
1. Die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung nach Aktienrecht .	90
1.1. Die Erfassung des Konzerns als wirtschaftliche Einheit	90
1.2. Die zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichteten Unternehmen	91
1.3. Die zu konsolidierenden abhängigen Unternehmen	94

1.4.	Grundsätze betreffend die Erstellung einer Konzernrechnung .	94
1.5.	Die Konsolidierungs- und Bewertungsregeln	96
1.6.	Zur Publizitätswirkung der Konzernrechnung	100
2.	Die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung nach Börsenrecht	101
3.	Die Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung nach Bankengesetz	102
4.	Offenlegung wesentlicher Beteiligungsverhältnisse	103
4.1.	Nach Aktienrecht	103
4.2.	Nach Börsengesetz	104
4.3.	Nach Bankengesetz	104
5.	Bekanntgabe bedeutender Aktionäre	105
5.1.	Nach Aktienrecht	105
5.2.	Nach Börsengesetz	106
6.	Bekanntgabe eigener Aktien und konzernverbundener Beteiligungen	106
V.	Weitere konzernspezifische Normen im Aktienrecht	107
1.	Das Verbot des Erwerbs eigener Aktien und wechselseitiger Beteiligungen innerhalb eines Konzerns	107
2.	Die Begebung einer Anleihe mit Bezugsrecht für Aktien eines Konzernunternehmens	109
3.	Aktienrechtliche Holdingprivilegien	109
3.1.	Sondernormen bei der Reservenbildung	109
3.2.	Sondernormen betreffend Nationalität und Wohnsitz von Verwaltungsräten	110
4.	Die Unabhängigkeit der Kontrollstelle im Konzernverhältnis . . .	110
VI.	Der Minderheitenschutz im Konzern	111
1.	Die spezifische Situation von Minderheiten im Konzern	111
1.1.	Die Minderheitsaktionäre des herrschenden Unternehmens . .	111
1.2.	Die Minderheitsaktionäre im abhängigen Unternehmen . . .	112
2.	Konzerneintrittsphase	114
2.1.	Konzerneintritt mit dem Willen des Minderheitsaktionärs . .	114
2.2.	Konzerneintritt gegen den Willen des Minderheitsaktionärs .	115
3.	Konzernbetriebsphase	125
3.1.	Mögliche Schädigungen der Minderheitsaktionäre	125
3.2.	Aktienrechtlicher Minderheitenschutz	128
3.3.	Aktienrechtliche Rechtsmittel der Minderheitsaktionäre gegen das abhängige Unternehmen und seine Organe	138
3.4.	Aktienrechtliche Rechtsmittel der Minderheitsaktionäre gegen das herrschende Unternehmen und seine Organe	142

4.	Konzernaustrittsphase	143
4.1.	Aktienrechtlicher Behelf: Die Auflösungsklage	143
4.2.	Börsenrechtliche Behelfe	143
VII.	Gläubigerschutz im Konzern	145
1.	Vorbemerkung	145
2.	Der konzernverbundene Schuldner als Spezialfall	145
2.1.	Das Risiko des Gläubigers – Privatautonomie und Eigenverantwortlichkeit	145
2.2.	Der Sonderfall eines konzernverbundenen Schuldners . . .	146
3.	Konzernrechtlicher Gläubigerschutz	147
3.1.	Das aktienrechtliche Gläubigerschutzinstrumentarium	147
3.2.	Konzernspezifische Schädigungspotentiale	150
3.3.	Konsequenzen für den Gläubigerschutz im Konzern	151
VIII.	Die verdeckte Gewinnausschüttung	153
1.	Vorbemerkung	153
2.	Terminologie	153
2.1.	Übersicht	153
2.2.	Die Legaldefinition von OR 678 II	155
3.	Die Ausschüttungssperren im Aktienrecht	156
4.	Der Rückerstattungsanspruch nach OR 678 II . . .	159
4.1.	Gegenstand der Rückerstattungspflicht nach OR 678 II . . .	159
4.2.	Rückerstattungspflichtige Personen	159
4.3.	Bösgläubigkeit	159
4.4.	Klagelegitimation	159
4.5.	Verjährung	160
5.	Die verdeckte Vorteilszuwendung im Rahmen konzerninterner Transaktionen	160
IX.	Die Rechtsstellung des fiduziarischen Verwaltungsrats	163
X.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens im Konzern	168
1.	Die fehlende gesetzliche Regelung	168
2.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens als Aktionär des abhängigen Unternehmens	169
2.1.	Grundsätzlich fehlende Haftung des herrschenden Unternehmens als Aktionär des abhängigen Unternehmens	169
2.2.	Die Haftung aus Durchgriff	171
2.3.	Die Rückerstattung von Leistungen nach OR 678	174
2.4.	Die Rückerstattung von Leistungen nach SchKG 285 ff. . . .	175
3.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens für seine Vertreter im Verwaltungsrat des abhängigen Unternehmens	175

3.1.	Die Haftung gegenüber den fiduziarischen Verwaltungsräten aus Mandatsvertrag	176
3.2.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens für die Tätigkeit seiner eigenen Organe im Verwaltungsrat des abhängigen Unternehmens	176
3.3.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens für die Tätigkeit seiner Hilfspersonen im Verwaltungsrat des abhängigen Unternehmens	179
4.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens für seine Vertreter in der Geschäftsleitung des abhängigen Unternehmens	180
5.	Die Haftung des herrschenden Unternehmens aus anderen Gründen	180
5.1.	Vertragsrechtliche Haftung des herrschenden Unternehmens	181
5.2.	Deliktische Haftung des herrschenden Unternehmens	182
5.3.	Haftung des herrschenden Unternehmens aus sog. Konzernvertrauen	184
6.	Die Relativierung der Haftung im Konzern durch die Rechtswirklichkeit: ein Beweisproblem	189
XI.	Einheit des Aktienrechts und Konzern	192
1.	Einführung	192
2.	Differenzierungen im Aktienrecht	193
3.	Auswirkungen des Börsengesetzes	194
4.	Niederschlag in der Judikatur	195
5.	Schlussfolgerungen für den Konzern	196

Dritter Abschnitt

Der Konzern mit Konzernunternehmen in anderer Rechtsform

I.	Die Kommandit-Aktiengesellschaft im Konzern	197
1.	Die Kommandit-Aktiengesellschaft als Rechtsform des herrschenden Unternehmens	197
2.	Die Kommandit-Aktiengesellschaft als Rechtsform des abhängigen Unternehmens	198
II.	Die GmbH im Konzern	199
1.	Die GmbH als Rechtsform des herrschenden Unternehmens	199
1.1.	Die Verweisungsnormen auf das Aktienrecht im Recht der GmbH	199
1.2.	Folgen für den GmbH-Konzern	203
2.	Die GmbH als Rechtsform des abhängigen Unternehmens	205

2.1. Eignung	205
2.2. Folgen für den Konzern	206
III. Der Genossenschaftskonzern	214
1. Zum Begriff des Genossenschaftskonzerns	214
2. Der Genossenschaftskonzern als Selbsthilfeorganisation	215
3. Der Konzern mit einer Kreditgenossenschaft bzw. einer konzessionierten Versicherungsgenossenschaft als herrschendes Unternehmen	215
3.1. Die Verweisung auf die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften in OR 858 III	215
3.2. Weitere Verweisungen auf aktienrechtliche Normen für Kredit- und Versicherungsgenossenschaften	217
3.3. Anwendung des Genossenschaftsrechts	218
4. Der Genossenschaftskonzern mit einer "gewöhnlichen" Genossenschaft als herrschendem Unternehmen	218
4.1. Das herrschende Unternehmen	218
4.2. Kapitalgesellschaften als abhängige Unternehmen	219
4.3. Genossenschaften als abhängige Unternehmen	219
IV. Verein und Stiftung im Konzern	226
1. Verein	226
1.1. Der Verein als Rechtsform des herrschenden Unternehmens	226
1.2. Der Verein als Rechtsform des abhängigen Unternehmens	227
1.3. Vereinsverbände	233
2. Stiftung	234
2.1. Die Stiftung als Rechtsform des herrschenden Unternehmens	234
2.2. Die Stiftung als Rechtsform des abhängigen Unternehmens	236
V. Personengesellschaften im Konzern	239
1. Personengesellschaften als herrschendes Unternehmen	239
1.1. Zulässigkeit	239
1.2. Folgen für den Konzern	240
2. Personengesellschaften als abhängige Unternehmen	242
2.1. Kollektiv- und Kommanditgesellschaft	242
2.2. Einfache Gesellschaft	244
VI. Die natürliche Person im Konzern	245
1. Die natürliche Person als herrschendes Unternehmen	245
1.1. Zulässigkeit	245
1.2. Folgen für den Konzern	245
2. Die natürliche Person als abhängiges Unternehmen	246

VII. Die öffentliche Hand im Konzern	249
1. Das Auftreten des Gemeinwesens in privatrechtlicher Form	249
2. Die gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft als Beispiel	250
2.1. Das anwendbare Recht	250
2.2. Art und Umfang der Einflussnahme des Gemeinwesens	251
2.3. Die Haftung des Gemeinwesens als herrschendes Unternehmen	251
2.4. Entsendung von Verwaltungsräten gemäss OR 762	252
2.5. Beteiligung des Gemeinwesens an einem herrschenden Unternehmen	252

Vierter Abschnitt

Konzernrechtliche Regelungen in anderen Rechtsordnungen

I. Deutschland: Kodifiziertes Konzernrecht	255
1. Konzernbegriff	255
2. Der Vertragskonzern	256
3. Eingliederung	258
4. Der faktische Konzern	259
II. Frankreich: Punktuelle konzernrechtliche Regelungen	262
1. Konzernbegriff	262
2. Der Begriff der "contrôle"	262
3. Die gesetzlichen Rechtsfolgen	263
3.1. Informationspflichten bei einer Kapitalbeteiligung ("participation")	264
3.2. Rechtspflichten in einer "groupe de sociétés"	264
4. Richterrecht	266
4.1. Organhaftung	266
4.2. Durchgriff	267
III. USA: Konzernrecht als Richterrecht	269
1. Einleitung	269
2. Konzernbegriff	269
2.1. Die Terminologie	269
2.2. Die Tatbestandsmerkmale	270
3. Konzernrechtliche Einzelfragen	271
3.1. Minderheitenschutz	271
3.2. Einheitsbehandlung des Konzerns	272
4. Publizität	272

IV. De lege ferenda: Die neunte EU-Richtlinie	274
1. Einleitung	274
2. Konzernbegriff	274
3. Konzernarten und Rechtsfolgen	275

Zweites Kapitel
Der Konzern im Börsenrecht

I. Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG)	277
II. Vom Börsengesetz betroffene Konzernunternehmen	278
1. Aktiengesellschaften	278
2. Genossenschaften	278
3. Andere Gesellschaftsformen	280
III. Konkrete Auswirkungen auf den Konzern	281
1. Rechnungslegung und Publizität	281
2. Meldepflicht für Beteiligungen	282
3. Öffentliches Kaufangebot	284
3.1. Ablauf des Angebotes	284
3.2. Eingriffe in die Kompetenzordnung des Verwaltungsrates der Zielgesellschaft	285
3.3. Kraftloserklärung der restlichen Beteiligungspapiere ("Ausschlussrecht")	286
4. Zwangsangebot ("Austrittsrecht")	287
IV. Würdigung	289

Drittes Kapitel
Konzern und Vertragsrecht

I. Verträge betreffend die Konzernierung	292
1. Akquisitionsverträge	292
1.1. Übernahme von Aktiven und Passiven	292
1.2. Erwerb einer Beteiligung	293
2. Fusionsverträge	297
3. Joint Venture-Verträge	300

4.	Beherrschungsverträge	302
5.	Aktionärbindungsverträge	303
6.	Betriebspacht- und Betriebsüberlassungsverträge	304
II.	Verträge betreffend die Ausgestaltung des Konzerns nach erfolgter Konzernierung	306
1.	Gewinnabführungsverträge	306
2.	Gewinngemeinschaftsverträge	307
III.	Konzerninterne Austauschverträge	308
1.	Allgemeine Bemerkungen zum Abschluss konzerninterner Verträge	308
1.1.	Zum Problem von Austauschverträgen innerhalb einer wirtschaftlichen Einheit	308
1.2.	Das Kontrahieren durch Doppelorgane	308
2.	Verträge betreffend die Nutzung von geistigem Eigentum und Dienstleistungen des herrschenden Unternehmens	309
2.1.	Lizenzverträge	310
2.2.	Dienstleistungsverträge	310
2.3.	Franchiseverträge	311
2.4.	Zentralkostenverträge	312
3.	Verträge betreffend die Produktion und den Vertrieb von Gütern	313
3.1.	Lohnfabrikationsverträge	313
3.2.	Vertriebsverträge	314
IV.	Verträge zwischen Konzernunternehmen und Dritten	315
1.	Fragestellung	315
2.	Bestimmung der Vertragspartei	315
3.	Willensmängel in bezug auf konzernbedeutsame Tatsachen	316
4.	Bestimmung der Vertragspflichten der konzernverbundenen Vertragspartei	317
4.1.	Ein herrschendes Unternehmen als Vertragspartei	317
4.2.	Ein abhängiges Unternehmen als Vertragspartei	319
5.	Haftung aus culpa in contrahendo und aus Vertragsverletzung	319
5.1.	Die Aufklärungspflicht des Konzernunternehmens	319
5.2.	Vertragliche Haftung für eigenes Handeln	320
5.3.	Haftung für Erfüllungsgehilfen nach OR 101	321
6.	Konzernklauseln	322
7.	Die Konzernierung als wichtiger Grund für die Beendigung von Dauerschuldverhältnissen	323
8.	Einzelne Vertragsverhältnisse	324

V. Erklärungen des herrschenden Unternehmens zu Gunsten des abhängigen Unternehmens	326
1. Allgemeines	326
2. Patronatserklärungen	327
2.1. Begriff	327
2.2. Gründe für die Abgabe einer Patronatserklärung	327
2.3. Inhalt	329
2.4. Rechtliche Qualifikation	330
3. Erklärungen mit rechtlicher Bindungswirkung	334
3.1. Garantieerklärungen	334
3.2. Bürgschaft	335
3.3. Kumulative Schuldübernahme	336

Viertes Kapitel

Der Konzern im Steuerrecht

I. Beteiligungsabzug, Holding- und Domizilprivileg	340
1. Der Beteiligungsabzug	340
2. Das Holdingprivileg	341
3. Das Domizilprivileg	342
II. Die Steuerfolgen bei Gewinnverschiebungen im Konzern	343
1. Vorbemerkung	343
2. Verdeckte Vorteilszuwendungen	343
3. Die Steuerfolgen bei der verdeckten Gewinnausschüttung	344
3.1. Beim leistenden Unternehmen (abhängiges Unternehmen)	344
3.2. Beim empfangenden Unternehmen (herrschendes Unternehmen)	345
4. Die Steuerfolgen bei der verdeckten Kapitaleinlage	345
4.1. Beim leistenden Unternehmen (herrschendes Unternehmen)	345
4.2. Beim empfangenden Unternehmen (abhängiges Unternehmen)	345
5. Die Steuerfolgen bei verdeckten Vorteilszuwendungen zwischen abhängigen Unternehmen	345
5.1. Direktbegünstigungstheorie/Dreieckstheorie	345
5.2. Steuerfolgen beim leistenden Unternehmen	346
5.3. Steuerfolgen beim empfangenden Unternehmen	346
5.4. Emissionsabgabe	346
5.5. Steuerfolgen beim herrschenden Unternehmen	347

6.	Steuerfolgen des Rückerstattungsanspruchs gemäss OR 678 II . . .	347
6.1.	Die Widerrechtlichkeit verdeckter Gewinnausschüttungen . .	347
6.2.	Folgen für das leistende (abhängige) Unternehmen	348
6.3.	Folgen für das empfangende (herrschende) Unternehmen . .	348
III.	Das abhängige Unternehmen als Betriebsstätte des herrschenden Unternehmens	350
IV.	Mehrwertsteuerrechtliche Probleme im Konzern	351
1.	Ausgangslage	351
2.	Einzelbesteuerung der Konzernunternehmen	351
2.1.	Jedes an einer Umsatzkette beteiligte Konzernglied ist selbst steuerpflichtig und erbringt eine steuerbare Leistung	352
2.2.	Ein an einer Umsatzkette beteiligtes Konzernglied ist nicht steuerpflichtig	352
2.3.	Ein an einer Umsatzkette beteiligtes Konzernglied erbringt eine von der Steuer ausgenommene Leistung	353
2.4.	Ein an einer Umsatzkette beteiligtes Konzernglied erbringt eine von der Steuer befreite Leistung	353
3.	Die Gruppenbesteuerung	354
3.1.	Die Voraussetzungen der Gruppenbesteuerung	355
3.2.	Die Steuergruppe	355
3.3.	Die Wirkungen der Gruppenbesteuerung	357
4.	Die Holdinggesellschaft als Sonderfall	358

Fünftes Kapitel

Der Konzern im Kartellrecht

I.	Der Konzern im schweizerischen Kartellrecht	359
1.	Konzerne sind keine Kartelle	359
2.	Konzerne als marktbeherrschende Unternehmen	360
2.1.	Marktmacht und Marktbeherrschung	360
2.2.	Unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Konzerne	361
2.3.	Verfahren	367
3.	Konzern und Unternehmenszusammenschlüsse	368
3.1.	Voraussetzungen	368
3.2.	Meldung von Zusammenschlussvorhaben/"Aufgreifschwelle"	370
3.3.	Beurteilung von Zusammenschlüssen/"Eingreifschwelle" . .	371

3.4.	Ausnahmsweise Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen	372
3.5.	Verfahren	373
II.	Besonderheiten des EU-Kartellrechts	374
1.	Das EU-Kartellrecht im Überblick	374
2.	Konzerne und wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und Verhaltensweisen (EGV 85 I)	374
3.	Konzerne und Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (EGV 86)	375
3.1.	Voraussetzungen	375
3.2.	Sanktionen	377
4.	Die Fusionskontrolle	378
4.1.	Voraussetzungen	378
4.2.	Das Verfahren	380
4.3.	Abgrenzung zur schweizerischen Fusionskontrolle	380

Sechstes Kapitel

Der Konzern im Immaterialgüterrecht

I.	Firmen- und namensrechtliche Aspekte im Konzern	383
1.	Firmenrecht	383
1.1.	Die Verwendung von Firmen mit einer einheitlichen Konzernbezeichnung	383
1.2.	Firmenrechtliche Aspekte von Firmen mit einer einheitlichen Konzernbezeichnung	384
2.	Namenschutz	387
3.	Schutz der Konzernbezeichnung nach UWG	389
II.	Markenrechtliche Aspekte im Konzern	391
1.	Die Konzernmarke	391
2.	Die Holdingmarke	393
III.	Patentrechtliche Aspekte im Konzern	395
IV.	Originärer und derivativer Rechtserwerb durch den Konzern bei der Schaffung von Immaterialgüterrechten im Arbeitsverhältnis	396

V. Nationale oder internationale Erschöpfung – Zur Frage der Zulässigkeit von Parallelimporten im Konzern	401
1. Parallelimporte nach schweizerischem Recht	401
1.1. Einleitung	401
1.2. Parallelimporte im Markenrecht	401
1.3. Parallelimporte im Urheberrecht	406
1.4. Parallelimporte im Patentrecht	407
1.5. Parallelimporte im Muster- und Modellrecht	407
2. Parallelimporte im internationalen Recht	408
2.1. Die Rechtslage in der Europäischen Union	408
2.2. Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union	409
2.3. Das TRIPS-Abkommen	409

Siebttes Kapitel

Der Konzern im schweizerischen internationalen Privatrecht

I. Die juristische Selbständigkeit der Konzernunternehmen als Ausgangspunkt	411
II. Das anwendbare Recht bei internationalen Konzernsachverhalten	412
1. Gesellschaftsrechtliche Fragen	412
1.1. Das Gesellschaftsstatut	412
1.2. Unternehmensinterne Sachverhalte	413
1.3. Die Ansprüche aus öffentlicher Ausgabe von Beteiligungspapieren und Anleihen	414
1.4. Die Beschränkung der Vertretungsbefugnis	414
1.5. Die Zweigniederlassung	415
1.6. Der Wechsel des Gesellschaftsstatuts	415
2. Insbesondere Fragen der Haftung	416
2.1. Die Haftung aus gesellschaftsrechtlicher Verantwortlichkeit.	416
2.2. Die Organhaftung	417
2.3. Die Geschäftsherren- und Hilfspersonenhaftung	417
2.4. Die Haftung aus Durchgriff	418
2.5. Die Haftung für ausländische Gesellschaften gemäss IPRG 159	418
3. Namens- und firmenrechtliche Fragen	419

4.	Vertragsrechtliche Fragen	419
4.1.	Verträge zwischen Konzernunternehmen	419
4.2.	Verträge von Konzernunternehmen mit Dritten	420

Achstes Kapitel

Der Konzern im Zivilprozessrecht

I.	Der Konzern im schweizerischen, innerstaatlichen Zivilprozessrecht	423
1.	Problemstellung	423
2.	Der Grundsatz der juristischen Selbständigkeit der Konzernunternehmen	424
2.1.	Abgrenzung von den Zweigniederlassungen	424
2.2.	Fehlende Rechtsfähigkeit des Konzerns	424
2.3.	Prozessualer Durchgriff als Ausfluss des allgemeinen Rechtsmissbrauchsverbotes	425
3.	Örtliche Zuständigkeit	425
3.1.	Grundsatz	425
3.2.	Analoge Anwendung des Gerichtsstandes der Zweigniederlassung?	425
4.	Einzelprobleme	427
4.1.	Beweisrecht: Editionspflicht	427
4.2.	Erstreckung der Urteilswirkungen	428
4.3.	Kautionspflicht	429
II.	Der Konzern im schweizerischen international-zivilprozessualen Verhältnis	430
1.	Problemstellung	430
2.	Die direkte internationale Zuständigkeit	430
2.1.	Lugano-Übereinkommen	430
2.2.	IPRG	433
3.	Die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen	434
3.1.	Problemstellung	434
3.2.	Vollstreckung ausländischer Urteile in der Schweiz	435
3.3.	Vollstreckung schweizerischer Urteile im Ausland	436
4.	Schiedsgerichtsbarkeit	436
5.	Internationale Rechtshilfe	437
III.	Zuständigkeit der US-Gerichte für ausländische Konzernunternehmen im besonderen	439
1.	Ausgangslage	439

2. Niederlassung oder Vertretung in den USA	439
3. Abhängiges Unternehmen in den USA	440

Neuntes Kapitel

Der Konzern im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht

I. Die Massgeblichkeit der juristischen Selbständigkeit	443
II. Schuldbetreibungs- und konkursrechtliche Folgen konzerninterner Rechtshandlungen	446
1. Die Zulässigkeit konzerninterner Rechtshandlungen unter dem Blickwinkel des Konkurses	446
2. Die Kollokation von Forderungen eines Konzernunternehmens im Konkurs eines anderen Konzernunternehmens	448
3. Die paulianische Anfechtung der vom konkursiten Konzernunternehmen an andere Konzernunternehmen erbrachten Leistungen . . .	450
3.1. Die Bedeutung der paulianischen Anfechtung im Konkurs eines Konzernunternehmens	450
3.2. Die Tatbestände der paulianischen Anfechtung	451
 Stichwortverzeichnis	 453